

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 157. Ratssitzung vom 15. Dezember 2012

3404. 2012/345 Weisung vom 19.09.2012: Voranschlag (Budget) 2013

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 156 vom 15.12.2012, Protokoll-Nr. 3404/2012).

Beschlüsse:

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 281.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Das Sozialdepartement hat jährlich Ausgaben in der Höhe von 1,4 Milliarden Franken. Die Stadt Zürich hat eine immense Schuldenlast. Zunächst sollten die konkreten Projekte vorgelegt und transparent budgetiert werden. Im Anschluss kann über allfällige Finanzierungen diskutiert werden. Wir lehnen diese freien Kredite ab, weshalb wir die Streichung der 60 000 Franken beantragen.

Rebekka Wyler (SP): Wir halten die freien Kredite für nötig.

S. 358	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Zentrale Verwaltung				
	3194 0000	Freier Kredit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
281.	Antrag Stadtrat				60 000	Mehrheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

2 / 40

60 000	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
Begründung: Freien Kredit auflösen, Beträge budgetieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 282.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Sekten sind kein gravierendes Problem in der Stadt Zürich. Es gibt seitens der evangelischen und katholischen Kirche Informations- und Beratungsangebote. Auch der Bund bietet eine Informationsstelle für Sektenfragen an. Das Angebot ist dadurch bereits genügend abgedeckt, weshalb die Stadt Zürich keine derartigen eigenen Informationsangebote bereitstellen muss.*

Rebekka Wyler (SP): *Infosekta leistet einen wichtigen Beitrag im Bereich Prävention und Information. Wir halten dies für ein wichtiges Angebot.*

S. 359	55 5500 3650 0188	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Infosekta			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
282.	Antrag Stadtrat				19 900
					19 900
					0
				Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
Begründung: Beitrag streichen					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 283.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Der Verein ARUD stellt ein weiteres Angebot der Stadt Zürich im Zusammenhang mit der Drogenproblematik bereit. Der Beitrag des Sozialdepartements an den Verein ARUD betrug in den letzten Jahren stets 350 000 Franken. Vor diesem Hintergrund ist unser Kürzungsantrag lediglich eine Angleichung an die in den vergangenen Jahren ausbezahlten Beiträge.

Rebekka Wyler (SP): Auch wenn das Drogenproblem nicht mehr so öffentlich ist wie damals zur Zeit der offenen Drogenszene, besteht es weiterhin. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Verein ARUD ein wichtiges Angebot darstellt.

S. 359	55 5500 3650 0196	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein ARUD				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
283.	Antrag Stadtrat				375 000	Mehrheit
			30 000		345 000	Minderheit
			Begründung: Kosten minimieren in finanziell angespannter Zeit			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 284.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Die Führung der Arbeitsgruppen wäre mit einem jährlichen Mitgliedschaftsbeitrag von 60 Franken problemlos möglich. Es gibt genügend Angebote für homosexuelle Menschen.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK steht hinter diesem Angebot. Ausgrenzung existiert weiterhin, weshalb diese Angebote wichtig sind.

4 / 40

S. 359	55 5500 3650 0197	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
284.	Antrag Stadtrat				39 100	Mehrheit
			39 100		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Ausstand: Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Markus Hungerbühler (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 285.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): *Der Verein insieme wird vom Bund seit 22 Jahren finanziert. Wir sind der Ansicht, dass der Verein nicht durch die Stadt zusätzlich subventioniert werden soll.*

Rebekka Wyler (SP): *Der Verpflichtungskredit der Weisung steht über dem Budgetkredit. Es besteht deshalb eine Verpflichtung, diesen Beitrag auszuführen.*

S. 359	55 5500 3650 0235	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an insieme/Freizeit-Club Zürich, Verein zur Förderung geistig behinderter Menschen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
285.	Antrag Stadtrat				88 700	Mehrheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 287.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Neben den städtischen Pflichtbeiträgen sind freiwillige Leistungen von 1 700 000 Franken budgetiert. Gemeinnützige Einsätze zugunsten der Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder der vorläufig aufgenommenen Personen sollen 120 000 Franken mehr als im vergangenen Jahr kosten. Projekte, die Jugendliche mit Migrationshintergrund unterstützen, sollen ebenfalls einen höheren Beitrag als im Vorjahr bekommen. Auch andere Angebote in diesem Bereich sollen ausgebaut werden. Die SVP lehnt diese zusätzlichen Integrationsangebote ab. Wir beantragen die komplette Streichung dieses Budgetpostens.

Patrick Blöchliger (SD): Wir beantragen die gesamte Streichung des Budgetpostens. Die meisten Asylgesuche werden abgewiesen, weshalb eine Integration von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen keinen Sinn ergibt. Man sollte sich auf Pflichtleistungen beschränken.

Rebekka Wyler (SP): Wir halten diese Angebote für nötig.

S. 359	55 5500 3650 0303	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
287.	Antrag Stadtrat			1 706 800	Mehrheit
			120 200	1 586 600	Minderheit 1
			1 706 800	0	Minderheit 2
		Begründung:	SVP: Kein weiterer Ausbau für städtische Integrationsleistungen SD: Beschränkung auf Pflichtleistungen, Integration von Personen in Asylverfahren nicht sinnvoll, da die meisten Asylgesuchte abgewiesen werden		

Monika Erfigen (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu.

7 / 40

Antrag 288.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Aus moralischer Sicht ist der Speak-Out Club unterstützungswürdig, die Stadt Zürich muss jedoch sparen.*

Rebekka Wyler (SP): *Dieses Angebot ist nötig.*

S. 360	55 5500 3650 0363	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Speak-Out Club				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
288.	Antrag Stadtrat				28 700	Mehrheit
			28 700		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 289.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Die Stadtmission sollte durch Effizienzsteigerung und Einsparungen in der Lage sein, den von der Stadt geleisteten Beitrag einzusparen.*

Rebekka Wyler (SP): *Auch zu diesem Projekt gibt es eine Weisung.*

8 / 40

S. 360	55 5500 3650 0364	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Zürcher Stadtmission				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
289.	Antrag Stadtrat				160 400	Mehrheit
			160 400		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 290.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Diese Organisation besitzt ein Eigenkapital von über einer Million Franken sowie Aktiven von über zwei Millionen Franken und riesige Eigenmittel. Wir beantragen die Streichung der städtischen Subventionen.

Rebekka Wyler (SP): Auch dieser Beitrag basiert auf einer Weisung.

S. 360	55 5500 3650 0367	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Schweiz. Arbeiterhilfswerk für das Projekt Etcetera				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
290.	Antrag Stadtrat				275 500	Mehrheit
			275 500		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 291.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Das Vermögen und Eigenkapital beträgt nur einige hunderttausend Franken. Nichtsdestotrotz beziehen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen grosse Jahressaläre. Wir empfinden die staatliche Subventionierung von sozialistischem Gedankengut als Affront.

Rebekka Wyler (SP): Auch hier gibt es eine Weisung.

S. 360	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Zentrale Verwaltung				
	3650 0368	Beitrag an Schweiz. Arbeiterhilfswerk für das Projekt Impuls				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
291.	Antrag Stadtrat				322 000	Mehrheit
			322 000		0	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung:	Beitrag streichen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 292.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Hierbei handelt es sich um ein privates Kleinunternehmen. Für Personen, die regelmässig arbeiten wollen, gibt es auch andere Arbeitsvermittlungen. Jedes Unternehmen muss für seine Infrastruktur aufkommen und allfällige Risiken einkalkulieren. Wir lehnen diese Subventionierung ab.

Rebekka Wyler (SP): Auch dieser Beitrag basiert auf einer Weisung.

10 / 40

S. 360	55 5500 3650 0371	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Jobvermittlung Wipkingen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
292.	Antrag Stadtrat				133 000	Mehrheit
			133 000		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 293.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Es gibt genug Angebote, die Arbeit vermitteln. Dieses Projekt ist unnötig.*

Rebekka Wyler (SP): *Auch dieser Antrag basiert auf einer Weisung.*

S. 360	55 5500 3650 0374	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Offene Jugendarbeit Job Shop / Info Shop				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
293.	Antrag Stadtrat				375 000	Mehrheit
			375 000		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

11 / 40

Antrag 294.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Studierende, Akademiker und Akademikerinnen können sich auch ohne staatliche Hilfen eine Stelle suchen.

Rebekka Wyler (SP): Diese Plattform unterstützt Zugewanderte oder Schweizer und Schweizerinnen, die aus dem Ausland in die Schweiz zurückkehren, bei der Stellensuche. Die Mehrheit der RPK hält diese Angebote für sinnvoll.

S. 360	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Zentrale Verwaltung				
	3650 0375	Beitrag an Platform Networking for Jobs				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
294.	Antrag Stadtrat				49 500	Mehrheit
			49 500		0	Minderheit
		Begründung:	Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 295.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Die Gemeinschaft Arche Zürich fördert die Integration von Personen mit Sucht- und Drogenproblemen. Nach der Einstellung der Gassenarbeit wurde eine Reduktion der Beratungskontakte verzeichnet. Auch die Anzahl der betreuten Personen ging zurück. Das Betreuungsteam machte sich auf die Suche nach Arbeit in anderen Drogenkliniken und intensivierte die Öffentlichkeitsarbeit. Wir wundern uns über diese zur öffentlichen Nachfrage gegenläufige Entwicklung.

Rebekka Wyler (SP): Auch zu diesem Beitrag gibt es eine Weisung.

12 / 40

S. 360	55 5500 3650 0381	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Gemeinschaft Arche für den Bereich Sucht und Drogen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
295.	Antrag Stadtrat				150 000	Mehrheit
			150 000		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 296.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Die Frauenzentrale erhält Spenden von diversen Stiftungen, Organisationen und Kirchen. Sie ist nicht auf Steuergelder angewiesen.

Rebekka Wyler (SP): Die Frauenzentrale vertritt die Anliegen von Frauen in Politik, Beruf, Bildung und Familie. Sie leistet wichtige Öffentlichkeitsarbeit und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

S. 360	55 5500 3650 0443	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Zürcher Frauenzentrale				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
296.	Antrag Stadtrat				6 000	Mehrheit
			6 000		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

13 / 40

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 297.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Ich bin der Auffassung, dass für die Bekämpfung von Menschenhandel die Strafverfolgungsbehörden zuständig sind. Auch der Bund hat sich dieser Problematik angenommen. Dieses Angebot des Dritte-Welt-Fraueninformationszentrums ist überflüssig.*

Rebekka Wyler (SP): *Auch diesem Beitrag liegt eine Weisung zugrunde.*

S. 360	55 5500 3650 0445	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Dritte-Welt-Fraueninformationszentrum (FIZ)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
297.	Antrag Stadtrat				150 000	Mehrheit
			150 000		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 298.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Für den Schutz von Frauen und Kindern sind ebenfalls die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich ein Opfer von häuslicher Gewalt bei einer privatrechtlichen Stiftung meldet und nicht bei der Polizei. Zudem gibt es eine Opferberatungsstelle, an die sich die Opfer wenden können. Es ist nicht nötig, dass dieses zusätzliche Projekt mit Steuergeldern unterstützt wird.*

Rebekka Wyler (SP): *Gerade in diesem heiklen Bereich ist es wichtig, dass es eine*

niederschwellige Beratungsstelle existiert. Diese Projekte leisten einen sehr wichtigen Beitrag.

S. 360	55 5500 3650 0447	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
298.	Antrag Stadtrat				138 500	Mehrheit
			138 500		0	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Beitrag streichen, nur Frauenhaus und Schlupfhuus unterstützen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 299.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Der Verein Limitia führt eine Fachstelle zur Prävention von sexueller Ausbeutung von Minderjährigen und schutzbedürftigen Erwachsenen. Er bietet unterschiedliche Dienstleistungen im Bereich Beratung für Bezugspersonen der möglichen Opfer. Für eine bessere Erreichung des Ziels und eine Erweiterung der Kompetenzen findet eine Zusammenarbeit mit diversen Organisationen und verwandten Fachstellen statt. Es gibt somit bereits ein breites Angebot an zuständigen Fachstellen. Der Verein Limitia erfüllt keine dringende Kernaufgabe, deshalb erachten wir eine Streichung dieser staatlichen Subventionen als vertretbar.*

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der Kommission hält das Angebot des Vereins für sehr wichtig.*

15 / 40

S. 360	55 5500 3650 0450	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Limitia				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
299.	Antrag Stadtrat				44 200	Mehrheit
			44 200		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 300.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Gemeinsam mit der FDP beantragt die SVP eine Streichung dieses Kredits. Freie Kredite sind für uns zu wenig transparent.*

Rebekka Wyler (SP): *In der letzten Krise wurden Beiträge an Frauenprojekte überproportional gestrichen. Für umso wichtiger halten wir diesen freien Kredit.*

S. 360	55 5500 3650 0460	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Freier Kredit für Frauenprojekte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
300.	Antrag Stadtrat				50 500	Mehrheit
			50 500		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

16 / 40

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 301.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Seit 2007 ist im Kanton Zürich das kantonale Gewaltschutzgesetz in Kraft, das auch den Anspruch auf unterstützende Leistungen für die Betroffenen regelt. Deshalb ist der Kanton Zürich für das Mannebüro zuständig und soll die Finanzierung übernehmen.

Rebekka Wyler (SP): Das Mannebüro unterstützt die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir halten auch dieses Angebot für nötig.

S. 360	55 5500 3650 0480	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Mannebüro				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
301.	Antrag Stadtrat				49 500	Mehrheit
			49 500		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 302.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Das Marie Meierhofer-Institut ist anerkannt und entwickelt Betreuungs- und Erziehungspläne für Säuglinge und Kleinkinder. Es führt Projekte in unterschiedlichen Teilbereichen durch. Diese Projekte sind anerkennenswert. Forschungstätigkeit in diesem Bereich ist jedoch Angelegenheit von Universitäten und Forschungsinstituten. Deren Finanzierung kann keine Kernaufgabe der Stadt Zürich sein.

Rebekka Wyler (SP): Auch hier gibt es eine Weisung.

17 / 40

S. 361	55 5500 3650 0506	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Marie Meierhofer-Institut für das Kind				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
302.	Antrag Stadtrat				94 200	Mehrheit
			94 200		0	Minderheit
			Begründung: Beitrag streichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 303.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wenn der Mutterschaftsurlaub vorbei ist, werden die Kinder in Krippen abgeschoben. Es ist nicht Aufgabe des Staates, einen Ersatz für die Familie zu bieten. Fremdbetreute Kinder haben anders entwickelte Hirnstrukturen und in zahlreichen Bereichen Probleme. Kinder sollen in der Familie aufwachsen.*

Rebekka Wyler (SP): *Es gibt auch Studien, dass fremdbetreute Kinder sehr stark im Bereich Sozialkompetenz profitieren. Ausserdem ist Frühförderung wichtig für die Chancengleichheit.*

S. 361	55 5500 3650 0515	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Starthilfen und projektgebundene Beiträge im Frühbereich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
303.	Antrag Stadtrat				263 000	Mehrheit
			263 000		0	Minderheit

18 / 40

Enthaltung Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Beitrag streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 304.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Das Gesamtangebot an Deutschkursen wird zunehmend ausgebaut. Es gibt genügend Angebote in diesem Bereich.

Rebekka Wyler (SP): Auch diesem Antrag liegt eine Weisung zugrunde.

S. 361	55 5500 3650 0530	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
304.	Antrag Stadtrat				895 300	Mehrheit
			895 300		0	Minderheit
						Enthaltung

Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Beitrag streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 305.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Walter Angst (AL): Im Jahr 2012 hatten wir die Möglichkeit, mehr subventionierte Plätze zu schaffen, als dies 2013 der Fall sein wird. Es können noch hundert subventionierte Betreuungsplätze geschaffen werden. Die AL beantragt, diese Anzahl auf rund zweihundert Plätze zu verdoppeln. Der Anteil an subventionierten Betreuungsplätzen ist von 40 % im Jahr 2009 auf lediglich 37 % im Jahr 2012 gesunken. Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn wir mittelfristig an den jährlichen Beträgen nichts ändern. Die Subven-

tionen reichen nicht aus, um die Krippen zu betreiben. Allerdings müssen erst mehr subventionierte Plätze geschaffen werden, bevor darüber diskutiert werden kann, ob die Krippen auch mit einem höheren Anteil an subventionierten Plätzen überleben können.

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Im Vergleich zu anderen Gemeinden gibt die Stadt Zürich deutlich mehr für betreute Krippenplätze aus. In St. Gallen oder Luzern werden für die identische Leistung rund 20 Millionen Franken ausgegeben. Auch in Zürich sollte die Nachfrage günstiger abgedeckt werden können.*

Samuel Dubno (GLP): *Wir folgen dem Antrag des Stadtrats.*

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): *Wenn man sich die Kostenentwicklung der vergangenen Jahre anschaut, stellt man fest, dass die Kosten stetig gestiegen sind. Ich würde eine langfristige Planung begrüßen und wüsste gerne, wie sich die Kosten künftig entwickeln sollen. Dieses Konto sollte nicht durch Elternbeiträge korrigiert werden. Nichtsdestotrotz möchten wir das Elternbeitragsreglement soweit anpassen, dass die horrenden Ausgaben gebremst werden können oder zurückgehen werden.*

S. 361	55 5500 3650 0660	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
305.	Antrag Stadtrat			2 000 000	60 240 300	Minderheit 1
				20 000 000	62 240 300	Mehrheit
					40 240 300	Minderheit 2
			Begründung:	SVP: Abbau des Betreuungsbooms; AL/Grüne/SP: Erhöhung der Zahl der subventionierten Betreuungsplätze um 200 statt um 100 im Jahr 2013		

Ausstand: Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Mehrheit	(62 240 300)	59 Stimmen
Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(60 240 300)	37 Stimmen

20 / 40

Antrag Minderheit 2	(40 240 300)	<u>25 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 62 gegen 59 Stimmen zugestimmt.

Antrag 306.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Ein Ziel des Vereins ist es, eine gewaltfreie und kreative Fankultur zu schaffen. Seit der Gründung des Vereins nehmen die Gewalt und der Missbrauch von verbotenen Gegenständen im Stadion zu. Die Arbeit des Vereins bleibt ohne spürbares Ergebnis. Fanarbeit ist keine Aufgabe der öffentlichen Vereine. Ein solches Projekt sollte von den Fussballvereinen finanziert werden.

Rebekka Wyler (SP): Ich weiss nicht, wie man solche Projekte ablehnen kann. Dieser Verein leistet einen wichtigen Beitrag.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir sind auch der Meinung, dass Fanarbeit eine Angelegenheit der Vereine ist. Wir finden Fanarbeit wichtig, sie ist jedoch nicht Staatsaufgabe.

Urs Fehr (SVP): Wenn man sich anschaut, wie sich im Letzigrund die Südkurve verhält und seitens des Vereins nichts passiert, ist es berechtigt, seine Existenz infrage zu stellen.

21 / 40

S. 361	55 5500 3650 0950	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Verein Fanarbeit Zürich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
306.	Antrag Stadtrat				80 000	Mehrheit
			80 000		0	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Aufgabe der Clubs			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 29 Stimmen zu.

Antrag 307.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Die AOZ möchte die Kontingenzerfüllung erreichen, falls die Fallzahlen ansteigen. Wir lehnen einen weiteren Ausbau der Leistungen des AOZ ab. Zudem ist dieser freie Betrag intransparent.

Rebekka Wyler (SP): Auch diese Beiträge sind mit einem Gemeindebeschluss unterlegt.

S. 361	55 5500 3660 0322	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ Asylfürsorge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
307.	Antrag Stadtrat				1 186 000	Mehrheit
			1 186 000		0	Minderheit
			Begründung: Kein weiterer Ausbau aufgrund fehlender Transparenz			

22 / 40

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 308.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Auch hier lehnen wir einen Ausbau der Ausgaben ab. Sie sind intransparent. Ein Nachweis über den faktischen Nutzen dieser Angebote ist bislang nicht erfolgt. Deshalb beantragen wir die Kürzung.

Rebekka Wyler (SP): Auch in diesem Fall gilt ein Gemeindebeschluss von Juni 2010.

S. 361	55 5500 3660 0323	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ Wirtschaftliche Hilfe				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
308.	Antrag Stadtrat				8 464 000	Mehrheit
			3 738 400		4 725 600	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Kein weiterer Ausbau aufgrund fehlender Transparenz			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 309.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 21 000 Franken gestiegen. Wir beantragen eine Streichung der Mehrausgaben.

Rebekka Wyler (SP): Die Aus- und Weiterbildungen sind aus unserer Sicht begründet. Wir wissen, wie schnell sich die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt verändern. Um eine gute Beratung anzubieten, ist es wichtig, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen immer auf dem neusten Stand sind.



23 / 40

S. 370	55 5520 3091 0000	SOZIALDEPARTEMENT Laufbahnzentrum Aus- und Weiterbildung des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
309.	Antrag Stadtrat				161 000	Mehrheit
			21 000		140 000	Minderheit
			Begründung: Kein weiterer Ausbau von Weiterbildungen			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 310.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): In dieser neuen Behörde soll noch kein neues Personal angestellt werden.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK stellte eine Rückfrage, da auch uns die frühe Personalwerbung verwunderte. Uns wurde mitgeteilt, dass der Budgetantrag einem durchschnittlichen Erfahrungswert entspricht, der für die Ersetzung von Personal aufgrund von Abgängen, wie sie überall vorkommen können, nötig ist. Der Antrag des Stadtrates ist gut begründet.

S. 373	55 5530 3092 0000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
310.	Antrag Stadtrat				30 000	Mehrheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

24 / 40

30 000	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
--------	---	------------	--

Begründung: Kein weiterer Ausbau von Personal erwünscht

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 311.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir wollen zum Budget der Rechnung 2011 zurückkehren. Es wurden zwar neue Stellen geschaffen, jedoch braucht es dafür nicht eine Verdoppelung der Ausgaben für Fachliteratur und Zeitschriften.

Rebekka Wyler (SP): In diesem Bereich gab es Veränderungen in der Gesetzgebung. Wir sind der Meinung, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fachlich auf dem neusten Stand sein sollten.

S. 373	55 5530 3102 0000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Fachliteratur und Zeitschriften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
311.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
					25 000	Minderheit
					25 000	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Einsparungen bei den Zeitungen und Zeitschriften			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 312.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Auf diese Öffentlichkeitsaktionen kann verzichtet werden. Die Klienten und Klientinnen werden der Behörde von diversen amtlichen Stellen direkt zugewiesen.

Rebekka Wyler (SP): Es geht hier um Informationsveranstaltungen für private Mandatsträger und Mandatsträgerinnen. Es gibt Änderungen in der Rechtslage, über die die Mandatsträger und Mandatsträgerinnen informiert werden sollen.

S. 373	55 5530 3107 0000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
312.	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit
			20 000		0	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Keine PR-Aktionen nötig für die KESB			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Antrag 313.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Das Departement teilte mit, dass nicht alle geplanten Projekte durchgeführt würden, weshalb der Beitrag um 100 000 Franken gekürzt werden kann.

S. 377	55 5550 3180 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
313.	Antrag Stadtrat				1 700 000	
			100 000		1 600 000	Zustimmung
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Minderbedarf			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 314.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Der Sozialhilfemissbrauch hat stetig zugenommen. Es konnten in den vergangenen Jahren immer mehr vollzogene Zahlungen zurückgefordert werden. Wir befinden uns somit auf dem richtigen Weg, durch eine konsequente Überprüfung kann noch mehr eingespart werden. Die beantragte Kürzung von 8 000 000 entspricht einer Missbrauchsquote von 5 %.

Rebekka Wyler (SP): Diese Berechnung ist kühn. Das Departement weiss genau, wie es diese Beiträge budgetiert. Diese Beiträge hängen einerseits von der Anzahl Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen und andererseits von der Höhe der Beiträge ab. Uns ist unklar, wie sich die SVP die Umsetzung des Antrags vorstellt.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Wenn man sich die SKOS-Richtlinien anschaut, stellt man fest, dass die Stadt einen kleinen Freibetrag von rund 35 Franken zusätzlich auszahlt. Dieser Freibetrag ist unnötig.

Christoph Spiess (SD): Wir halten es für unnötig diesen Freibetrag zu streichen. Die Lebenshaltungskosten sind in Zürich höher als in anderen Gemeinden.

S. 377	55 5550 3660 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Beiträge an Private				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
314.	Antrag Stadtrat				328 370 000	Mehrheit
					8 000 000	Minderheit
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Reduktion der stets wachsenden Ausgaben			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 24 Stimmen zu.



27 / 40

Antrag 315.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hedy Schlatter (SVP): Die SVP will prinzipiell keine Beiträge für die Kleinkinderbetreuung entrichten. Dies ist keine Staatsaufgabe.

Rebekka Wyler (SP): Die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist ein Bedürfnis und in vielen Fällen auch notwendig.

S. 377	55 5550 3660 0600	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
315.	Antrag Stadtrat				4 200 000	Mehrheit
			4 200 000		0	Minderheit
			Begründung: Keine Staatsaufgabe			
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Ausstand: Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 316.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Es soll gemäss Kommisionsmehrheit künftig darauf verzichtet werden, für Schulabgänger und -abgängerinnen Praktika anzubieten. Es sollten mehr feste Stellen geschaffen werden. Wir halten Praktika sowohl für die Betriebe als auch für die Praktikantinnen und Praktikanten für sinnvoll und möchten deshalb auf die Praxisänderung verzichten.

Hedy Schlatter (SVP): Die SVP will keinen Ausbau des Waisenhauses Entlisberg und beantragt deshalb eine Streichung von 591 300 Franken.

Rebekka Wyler (SP): Beim Entlisberg handelt es sich nicht um ein Waisenhaus, son-

28 / 40

dern um ein Kinderhaus, also um eine Krippe. Die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist ein klares Bedürfnis. Auch dem Vorschlag der GLP können wir wenig abgewinnen.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Gesamthaft gibt es viel zu wenige Lehrstellen und zu viele Praktikplätze. Der Ausbau der Hortplätze führt zu einem immensen Bedarf an ausgebildeten Fachkräften.*

S. 380	55 5560 3010 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
316.	Antrag Stadtrat				49 180 200	Mehrheit
			500 000		48 680 200	Minderheit 1
			591 300		48 588 900	Minderheit 2
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Samuel Dubno (GLP) Referent
						Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
						Begründung: SVP: Kein weiterer Ausbau im Waisenhaus Entlisberg; GLP: Weniger Betreuungsstellen, mehr Praktika

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(49 180 200)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(48 680 200)	17 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(48 588 900)	<u>24 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

Antrag 317.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): Der Stadtrat budgetiert Mehrausgaben von rund 400 000 Franken und begründet diese mit dem Ausbau eines Teillohnangebots. Die SVP ist gegen den weiteren Ausbau des Teillohnangebots.

Rebekka Wyler (SP): Es gibt zum Thema Teillohnjobs diverse Beschlüsse des Gemeinderats. Die bestehenden Angebote sind demokratisch abgestützt.

S. 380	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe				
	3011 0000	Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
317.	Antrag Stadtrat				8 427 700	Mehrheit
			409 600		8 018 100	Minderheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)
			Begründung:	Kein weiterer Ausbau der Teillohnangebote		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 318.

Kommissionsminderheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Antrag wurde nach dem Sieg der Mehrheit im Antrag 316 hinfällig. Wir ziehen den Antrag zurück.

30 / 40

S. 380	55 5560 3012 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Personals in Ausbildung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
318.	Antrag Stadtrat				1 345 300	Mehrheit
				150 000	1 495 300	Minderheit
			Begründung: Mehr Praktika			Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent

Samuel Dubno (GLP) zieht namens der GLP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 319. und 320.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die HIV-Medikamente sollen von den Polikliniken selbstständig eingekauft werden. Dadurch werden die Apotheken übergangen. Wir sind der Meinung, dass diese Systemänderung nicht erfolgen soll.

Rebekka Wyler (SP): Das Departement begründete diese Systemänderung schlüssig. Die Polikliniken geben die Medikamente an Patientinnen und Patienten ab, die sehr viel Begleitung benötigen und ihre Medikamente nicht eigenständig in der Apotheke beziehen können. Es handelt sich somit nicht um eine Konkurrenz, sondern um eine sinnvolle Vereinfachung der Abläufe.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Wyss (Grüne): Die Vereinfachung kann auch dadurch erfolgen, dass die Polikliniken die Medikamente per Fax bei den Apotheken bestellen und die Apotheken die Medikamente in die Polikliniken liefern. Die Apotheken würden diese Lieferung gratis durchführen, so dass auch dadurch Einsparungen erfolgen könnten.

31 / 40

S. 381	55 5560 3136 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Medizinische Bedürfnisse				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
319.	Antrag Stadtrat				1 253 100	Mehrheit
					206 900	Minderheit
						Enthaltung
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP) Walter Angst (AL)
			Begründung: Keine HIV-Medikamente selber einkaufen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 33 Stimmen zu.

Antrag 320.

Wortmeldungen siehe Antrag 319.

S. 384	55 5560 4650 0000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Beiträge von privaten Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
320.	Antrag Stadtrat				-3 462 000	Mehrheit
					210 000	Minderheit
						Enthaltung
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP) Walter Angst (AL)
			Begründung: Keine HIV-Medikamente selber einkaufen			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 33 Stimmen zu.

3404. 2012/345**Weisung vom 19.09.2012:****Voranschlag (Budget) 2013 der Stadt Zürich und****Nachtrag zum Voranschlag (Budget) 2013 (Novemberbrief) vom 9. November 2012****Genehmigung der Produktgruppen-Globalbudgets**

Antrag des Stadtrats

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2013 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) sowie die bisherigen Lohnmassnahmen (Institution 1060, Gesamtverwaltung) von Fr. 23 693 400.– nach erfolgter Lohnrunde 2013 auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen zu übertragen.
3. Das Budget 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Das Budget 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird – im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats – genehmigt.
5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
6. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2013 wird, gestützt auf Art. 6, Ziff. 1 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, zustimmend zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget 2013 der «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zur Kenntnis genommen.

Wortmeldungen der Fraktionspräsidien:

Min Li Marti (SP): Vor allem die bürgerlichen Parteien waren der Ansicht, man müsse kürzen. Darüber, in welchen Bereichen diese Kürzungen stattfinden sollten, bestand jedoch keine einheitliche Meinung. Mit Ausnahme der Debatte zum Hafenkran verlief die diesjährige Budgetdebatte ziemlich ruhig. Wir haben ein Budget beschlossen, mit dem wir gut leben können. Wir haben keine wichtigen Leistungen gekürzt. Wir werden dem Budget zustimmen. Den Antrag der AL zum Steuerfuss werden wir ablehnen. Wir haben ein Problem mit den Einnahmen, dieses Problem existiert jedoch vor allem, weil wir auf unterschiedlichen Ebenen Steuersenkungen für Unternehmen, Grundbesitzer und Grundbesitzerinnen und Vermögende eingeführt haben. Ebenfalls ein Grund für das Einnahmenproblem ist die Tatsache, dass die Grossbanken keine Steuern zahlen. Wir sind nicht der Ansicht, dass die durchschnittlich verdienenden Bürgerinnen und Bürger für dieses Defizit aufkommen sollten. Wir möchten, dass die gut Verdienenden und Unternehmen wieder mehr Steuern zahlen.

Mauro Tuena (SVP): Wir haben rund 66 Millionen Franken eingespart, davon befinden sich jedoch 36 Millionen Franken auf dem Konto 1060, mit dem der Stadtrat tun kann, was er will, 12 Millionen sind auf den Vollenwyder-Konten, bei denen Stadtrat Martin Vollenwyder bereits im Vorfeld mitteilte, es könnten pauschale Kürzungen durchgeführt

werden. Es bleiben somit noch 18 Millionen Franken an tatsächlich Einsparungen. Die 66 Millionen Franken sind jedoch auch nicht zutreffend, da im TED viele sogenannte geschlossene Rechnungskreisläufe existieren, dies bedeutet, dass wir das Budget faktisch um 43,3 Millionen Franken verbessert haben. Es bleibt somit ein Defizit von 1,3 Millionen Franken. Dies werden wir als SVP nicht hinnehmen und werden das Budget nicht abnehmen. Von einigen Parteien war ich in dieser Budgetdebatte positiv überrascht, von anderen Parteien war ich sehr enttäuscht. Die GLP signalisierte im Vorfeld, sie würde sich den bürgerlichen Anträgen anschliessen. Wenn man sich die Abstimmungsresultate anschaut, stellt man fest, dass die GLP in rund 81 % der Fälle mit den der SP und den Grünen abgestimmt hatte. Die CVP hingegen stimmte in vielen Fällen mit der bürgerlichen Seite. Die SP und die Grünen haben das Budget in einigen Fällen sogar verschlechtert. In den kommenden Jahren müssen wir uns um die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen kümmern und dafür sorgen, dass finanzstarke Unternehmen in die Stadt ziehen. Bei den Steuersätzen beantragen wir somit eine Steuersenkung von 3 %. Dies wirkt möglicherweise so, als ob wir weniger Geld einnehmen würden. Im Ausland sieht man jedoch, dass sich dies auszahlt, da dadurch Anreize für finanzstarke Steuerzahler und Steuerzahlerinnen entstehen werden.

Roger Tognella (FDP): Aus Sicht der FDP haben wir das Ziel in dieser Budgetdebatte erreicht. Wir haben das Budgetdefizit um 41,4 Millionen Franken gesenkt. Die FDP stellt fest, dass die AL für uns ein Koalitionspartner ist. Die Ausgaben müssen weiterhin gebremst werden. Die FDP verfolgt weiterhin das Ziel, das Budget auszugleichen. Der Stadtrat signalisierte, dass er diese Auffassung teilt. Dieser gemeinsame Nenner wird dazu führen, dass wir entweder den Stadtrat dazu bringen müssen, das Budget ausgeglichen anzusetzen, oder wir müssen das Instrument der Rückweisung als kleinsten gemeinsamen Nenner wieder hervorholen. Es wurde eine breite Palette an Themen behandelt. Letztlich bleibt die Frage offen, wie gut sich die Bürger und Bürgerinnen von uns vertreten fühlen. Diese Frage wird sich im Verlauf des nächsten Wahlkampfs klären. Bei der Steuerfussdiskussion sind wir derselben Meinung, wie auch in den Vorjahren. Wir sind der Ansicht, dass die Stadt Zürich ein verlässlicher Partner für Privatpersonen und das Gewerbe sein soll. Deshalb sind wir dafür, den Steuerfuss auf dem heutigen Niveau von 119 % zu halten.

Markus Knauss (Grüne): Die Diskussion über den Hafenkran dauerte unverhältnismässig lange. Wir hatten eine unaufgeregte, pragmatische Budgetdebatte. Die Stadt Zürich wird vermutlich weiterhin ein Eigenkapital von über 600 Millionen Franken aufweisen. Aus unserer Sicht ist eine Erhöhung des Steuerfusses nicht nötig. Wir wollen eine ernsthafte Diskussion über Grossprojekte führen, danach wird sich auch ein Sparwille manifestieren. Die Budgetdebatte dauerte sehr lange. Die Budgetdebatte fand faktisch unter Ausschluss der SVP und FDP statt. Es ist unnötig, Personen auf persönlicher Ebene zu kritisieren. Bei der Metropolitankonferenz braucht es seitens der Stadtpräsidentin Corinne Mauch eine neue Strategie. Dasselbe gilt auch für den Nachfolger von Stadtrat Martin Vollenwyder im Bereich der Parkhaussanierungen. Wir sind zufrieden mit der Budgetdebatte, wir konnten einige neue Themen lancieren und zukunftsweisende Investitionen sichern. Wir konnten das Budget in einigen Punkten reduzieren. Diese pragmatische Budgetdebatte ist für uns eine gute Basis für die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.

Gian von Planta (GLP): Wir können die Unzufriedenheit der SVP und FDP nachvollziehen. Die FDP setzte sich zum Ziel, den Budgetfehlbetrag mindestens zu halbieren. Das Ziel wurde erreicht, jedoch, ohne dass die Anträge der FDP umgesetzt wurden. Die GLP hatte zum Ziel, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, damit sich die Stadt nachhaltig entwickeln kann. Ausserdem wollten wir unser ökologisches Programm weiterhin verfolgen. Dies gelang uns. Zur Erfüllung des Ziels, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder versucht man, möglichst nahe an das Ziel heranzukommen, oder man stellt Sparanträge, unabhängig davon, ob diese Sparanträge in den Abstimmungen durchkommen können. Die GLP wählte die erste Strategie. Die EVP arbeitete konstruktiv mit uns zusammen, die CVP war an dieser Budgetdebatte weniger interessiert. Wir haben uns auch bei der FDP über ihre Anliegen informiert, konnten bei ihr jedoch keinen grossen Willen erkennen, gemeinsame Ziele umzusetzen. Erstaunlicherweise fanden wir bei den linken Parteien sehr viel konstruktiven Willen. Umso erfreulicher finde ich es, dass wir eine Halbierung des Budgetfehlbetrags erreichen konnten. Ich erwarte vom Stadtrat, dass er die Pauschalanträge erfüllt. Pauschalanträge sind aus meiner Sicht besser als lineare Kürzungen. Eine starke Mitte in diesem Rat kann einiges bewirken, jedoch braucht es dafür auch konstruktive Mitarbeit seitens der linken und rechten Parteien. Die GLP wird das Budget absegnen. Beim Steuerfuss ist eine Senkung nicht wünschenswert, ebenso ist eine mögliche Erhöhung verfrüht.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Diese Elefantenrunde ist der traurige Höhepunkt dieser Debatte. Die CVP sagte zu Beginn der Budgetdebatte in ihrer Fraktionserklärung, dass sie das Ziel verfolgt, das Budgetdefizit zu halbieren und keine Verschlechterung zu erreichen. Wir haben beide Ziele erreicht. Wir haben Sparanträge mit verschiedenen Mehrheiten unterstützt. In den ersten Gesprächsrunden mit den anderen Parteien haben wir unsere Ziele klar kommuniziert. In einer zweiten Runde dieser Gespräche habe ich eine Liste mitgebracht, auf der ich aufzählte, was für uns in Frage kommt. Insgesamt umfasste diese Liste Kürzungen von 47 Millionen Franken. Ich bin der Meinung, dass wir Budgetpolitik nicht während der Budgetdebatte, sondern während des restlichen Jahres betreiben sollen. Wir müssen alle gemeinsam einen gangbaren Weg finden, damit wir uns nicht am Schluss der Budgetdebatte gegenseitig Vorwürfe machen. Die SVP stellt nach wie vor sehr unrealistische Anträge. Wir müssen das Wünschbare vom Machbaren trennen. Der Steuerfuss ist aus unserer Sicht mit den 119 % weiterhin angebracht. Wir müssen Stabilität beibehalten.

Alecs Recher (AL): Seit einigen Jahren besteht die Tendenz, dass während der Budgetdebatten immer mehr Anträge behandelt werden. Es handelt sich hierbei um eine demokratische Entscheidungsfindung. Es gibt jedoch eine Entwicklung, die mir Sorgen bereitet. Die Grünen und die SP wären für uns potentielle Bündnispartner. Wir mussten dieses Jahr jedoch feststellen, dass die Grünen und die SP sich eher den Grünliberalen anschlossen. Dies führte einerseits zu einer Symbolpolitik, mit der nichts bewirkt werden kann und andererseits zu Entscheidungen, die einen Schlingerkurs bewirken. Damit zeigt man, dass ein gewisser Sparwille vorhanden ist. Jedoch wurden die Folgen, die die einzelnen Sparanträge mit sich bringen, teilweise nicht berücksichtigt. Dieses Budget wird negative Effekte auf die Stadt aufweisen. In Bezug auf den Steuerfuss ist die Frage nach dem Zustand der Stadtkasse zentral. Wir besitzen ein strukturelles Defizit und

35 / 40

müssen Prioritäten setzen. Zusätzlich stellt sich die Frage der Mehrwertabschöpfung. Auch hier gibt es Verbesserungsbedarf. Die AL wird diesem Budget nicht zustimmen. Wir sind in Bezug auf den Steuerfuss für eine Erhöhung auf das Niveau, das wir vor dem Jahr 2008 hatten.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Die Profiteure dieser Budgetdebatte sind die Grünen. Dies geschah mit Hilfe der SP und GLP. Im Gegenzug mussten sowohl die SP und die GLP bei ihren Zielen Abstriche machen. Wir von der EVP sind ökologisch, aber nicht xenophob. Strom darf nicht zu einem Luxusgut werden. Für die EVP gibt es jedoch andere, wichtige Themen, so beispielsweise die Wirtschaftsförderung, Innovationskraft und Bildung. Wir bezweifeln, dass durch dieses Budget der Stadt Zürich gedient wird. Wir werden somit eine Debatte zu Globalbudgets aller Departemente, wie sie im Kanton bereits heute üblich sind, im Rat anstossen. Die Budgetdebatte, wie sie jetzt durchgeführt wird, ist für niemanden fair. Den Steuerfuss werden wir so belassen, wie er ist.*

Christoph Spiess (SD): *Das Budget besitzt rund 40 Millionen Franken Defizit. Es befindet sich aus unserer Sicht somit im Unschärfbereich eines ausgewogenen Budgets. Das Haushaltsdefizit beträgt 0,5 %. Wir konnten unsere wichtigsten Anliegen erwartungsgemäss nicht durchbringen. Wir halten das Budget für befriedigend. In Bezug auf den Steuerfuss sind wir der Ansicht, dass der Steuerfuss konstant bleiben sollte.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Mir ist wichtig, zu sagen, dass man das ganze Jahr über Budgetpolitik betreiben muss. Ich bin für die Beibehaltung des Steuerfusses. Der Steuerfuss ist nur ein Element, das die Höhe der Steuern bestimmt. In den nächsten Jahren wird der Steuersatz eine viel grössere Diskussion provozieren und weitaus grössere Auswirkungen besitzen. Generell ist es bei den Steuern so, dass die Unternehmen vor allem Wert auf Verlässlichkeit und Berechenbarkeit legen. Wir haben 43,3 Millionen Franken gestrichen und haben weiterhin ein Defizit von 41 Millionen Franken. Mit unserem Budget und der Hochrechnung wird die Stadt Zürich Ende Jahr 2013 ein Eigenkapital von 600 Millionen Franken besitzen. Wenn sich die Wirtschaft erholt und wir wieder ein Eigenkapital von 800 Millionen bis zu einer Milliarde Franken besitzen werden, können wir über eine Senkung des Steuerfusses diskutieren.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Es würde mich sehr interessieren, worum es sich bei diesen Aufträgen handelt, die gemäss Stadtrat Martin Vollenwyder angeblich nicht gebraucht werden. Es handelt sich um 36 Millionen Franken, die auf diese Weise angeblich gespart wurden. 12 Millionen wurden in Bereichen eingespart, in denen sie sowieso nicht ausgegeben würden. Letztlich kommt man auf ungefähr 17 Millionen Franken, die von den GLP gemeinsam mit der SP eingespart wurden. Wir können weder diesem Budget zustimmen, noch der Neuaufnahme des Fremdkapitals. Um dieser aktuellen Entwicklung Einhalt zu gebieten, beantragen wir die Senkung des Steuersatzes.*

Samuel Dubno (GLP): *Wir haben viele Anträge nicht unterstützt, weil wir im Konto 1060 Pauschalkürzungen beantragt haben. Die Parteien waren über einige Handlungen von uns während dieser Budgetdebatte unzufrieden, jedoch waren wir nicht die einzigen, die diese bemängelten Verhaltensweisen an den Tag legten. Wir stimmten insgesamt einer Budgetsteigerung von 3,3 Millionen Franken zu, die FDP wäre insgesamt bereit gewesen, einer Verschlechterung von 11 Millionen Franken zuzustimmen. Bei Streichungen von Stellen findet sich zwischen der GLP und der FDP ein Unterschied von insgesamt fünf Stellen. Die Anträge waren seitens der FDP bescheiden. Die Basis für eine Zusammenarbeit war somit ziemlich dünn.*

Severin Pflüger (FDP): *Aus statistischer Sicht gestaltete sich diese Budgetdebatte ähnlich wie die letztjährige. Die GLP hatte mit den Grünen eine Übereinstimmung von 93 % und mit der SP von 92 %. Die CVP stimmte in 80 % der Abstimmungen mit uns überein. Im Bereich der Finanzpolitik ist die GLP eindeutig links. Im Gegensatz zur GLP sind wir berechenbar und haben ein Regierungsprogramm.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 29 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

37 / 40

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Ausstand: Daniel Meier (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne)

Ausstand: Karin Rykart Suter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Dispositivziffer 5

Kommissionsreferent Minderheit 1:

Niklaus Scherr (AL): *Der Finanzplatz ist im Umbruch. Wir haben eine Unternehmenssteuerreform abgewehrt und verhindert, dass hohe Beträge an Unternehmenssteuern abwanderten. Viele hier haben keine Ahnung was es heisst, wenn die Schweiz unter dem Druck der EU und einer bürgerlichen Mehrheit in Bern in allen Kantonen die Unternehmenssteuer halbiert. Deshalb scheint uns eine Erhöhung des Steuerfusses um 3 % angemessen zu sein.*

Weitere Wortmeldungen:

Gian von Planta (GLP): *Die GLP will den Steuerfuss in diesem Budget weder erhöhen noch senken. Unser Ziel ist eine Angleichung des städtischen Steuerfusses auf den kantonalen Durchschnitt.*

Änderungsantrag/Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5 gemäss Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 122 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Walter Angst (AL), Referent
Minderheit 2: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	94 Stimmen
Antrag Minderheit 1	5 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>24 Stimmen</u>
Total	123 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt zustimmende Kenntnisnahme der Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt ablehnende Kenntnisnahme der Dispositivziffer 6.

Zustimmende Kenntnisnahme: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnende Kenntnisnahme: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

39 / 40

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt zustimmende Kenntnisnahme der Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt ablehnende Kenntnisnahme der Dispositivziffer 7.

Zustimmende Kenntnisnahme:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnende Kenntnisnahme:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Budget 2013, Genehmigung der Produktegruppen-Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

1. Die Produktegruppen-Globalbudgets 2013 werden genehmigt.
2. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2012/173, der Rechnungsprüfungskommission vom 18. April 2012 betreffend Globalbudget Steueramt, Einführung einer neuen Produkte-gruppe «Scan-Center», wird als erfüllt abgeschrieben.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

40 / 40

Zustimmung: Walter Angst (AL), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2013 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS) sowie die bisherigen Lohnmassnahmen (Institution 1060, Gesamtverwaltung) von Fr. 23 693 400.– nach erfolgter Lohnrunde 2013 auf die Besoldungstitel der Dienstabteilungen zu übertragen.
3. Das Budget 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Das Budget 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird – im Rahmen der Oberaufsicht des Gemeinderats – genehmigt.
5. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
6. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2013 wird, gestützt auf Art. 6, Ziff. 1 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, zustimmend zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget 2013 der «Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich» wird zustimmend Kenntnis genommen.
 1. Die Produktegruppen-Globalbudgets 2013 werden genehmigt.
 2. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2012/173, der Rechnungsprüfungskommission vom 18. April 2012 betreffend Globalbudget Steueramt, Einführung einer neuen Produktegruppe «Scan-Center», wird als erfüllt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Dezember 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat